

# Der Courier.

## Hallische Zeitung

für Stadt

und Land.



In der Expedition des Hallischen Couriers (Verlag des Waisenhauses). — Redacteur Dr. G. A. Daniel.

N<sup>o</sup> 13.

Halle, Freitag den 9. Januar  
Erste Ausgabe.

1852.

Der vierteljährliche Abonnementspreis beträgt für Halle und unsere unmittelbaren Abnehmer 22 1/2 Sgr. Durch die resp. Post-Anstalten überall nur 26 1/4 Sgr. — Zusätze werden, die dreispaltige Zeile oder deren Raum, mit 1 Sgr. berechnet.

Inhalt: Tageschau. — Deutschland (Berlin, Dresden, Hannover, Sondershausen). — Frankreich (Paris). — Großbritannien und Irland (London). — Dänemark (Kopenhagen). — Provinzielles (Von der Saale). — Landwirtschaftliches und Gewerbliches.

Halle, den 9. Januar.

Am 7. interessante Debatte in der Ersten Kammer. Bei Beratung des Disciplinar-Gesetzes beantragte Hansemann, die Verhandlung zu schließen bis zum Erlasse eines Gesetzes über Minister-Verantwortlichkeit. Nach längerer Diskussion ward sein Amendement mit 87 gegen 33 Stimmen abgelehnt.

Nach der „N. Pr. Z.“ wäre über das Schicksal der deutschen Flotte noch nicht definitiv entschieden.

Die Oesterreichischen Zollconferenzen sind am 2ten durch eine Rede des Fürsten Schwarzenberg eröffnet.

Am 5ten Januar hat in Sondershausen der Minister Chop den erbetenen Abschied erhalten und zugleich sein Mandat als Deputirter niedergelegt.

Der Generalrath eines kleinen Städtchens hat an Louis Napoleon, als den Präsidenten der Republik, eine Adresse gerichtet, in welcher sie ihm zugleich seltsamer Weise den Titel „Majestät“ giebt. Spukt am Ende vor.

Die Amerikaner haben mit ihrem Capitol Unglück. 1814 zerstörten es die Engländer und jetzt reden die neuesten Nachrichten von einem großen Brande, der dies Centrum amerikanischer Administration ergriffen hat.

### Deutschland.

Der „Preussische Staats-Anzeiger“ vom 8. Januar enthält Folgendes:

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht:

Dem Geheimen Registratur-Rath Schmidt zu Berlin den Rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife; dem Professor der Botanik, Philipp Parlatore zu Florenz, den Rothen Adler-Orden dritter Klasse; und dem Secunde-Lieutenant Freiherrn v. Kettler im 7ten Infanterie-Regiment den Rothen Adler-Orden vierter Klasse mit Schwertern zu verleihen; so wie

Den bisherigen Polizei-Inspector Zillgen zu Trier zum Polizei-Direktor zu ernennen.

Dem Zimmermann Gottlieb Bernhardt zu Schmainsdorf bei Artern ist unter dem 3. Januar 1852 ein Patent auf eine Maschine zum Absondern guter und voller Erbsen von schlechten in der durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Ausführung, und ohne Jemanden in der Benutzung der bekannten Theile zu behindern, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staats ertheilt worden.

Erste Kammer.

Neunte Sitzung am 7. Januar 11 Uhr.

Am Ministerische: Simons, v. Mantouffel, die Regierungskommissarien Grimm und Graf Eulenberg.

Nach mehreren geschäftlichen Verhandlungen, Zuweisung von Gesegentwürfen an Kommissionen und Ueberreichung von Gesegentwürfen, betreffend die Vereinigung der beiden obersten Gerichtshöfe und Festsetzung von Strafen für Uebertretungen, seitens des Justizministers, werden die auf der Tagesordnung anstehenden Wahlprüfungen vorgenommen, sodann verliest v. Zander den Kommissionsbericht über das Disciplinargesetz für nicht richterliche Beamte und die allgemeine Diskussion wird eröffnet.

Zu derselben hat Hansemann das Amendement gestellt: Die Verhandlung anzufügen bis zum Erlasse eines Gesetzes über die Minister-Verantwortlichkeit. Er begründet dasselbe mit wenigen Worten, indem er den Zusammenhang beider Gesetze nachweist und hervorhebt, daß man jetzt „gutgesinnt“ und ministeriellgesinnt für gleichbedeutend nimmt (Beifall links, Zischen rechts).

Stahl (gegen das Amendement) weist darauf hin, daß die Kammer bereits früher ein Gesetz über die Ministerverantwortlichkeit als unzeitgemäß zurückgewiesen. In diesem Augenblick ist dies noch mehr der Fall. Während in ganz Europa der Absolutismus wiederhergestellt wird, liegt Preußen nicht auf einer Insel wie England, um durch ein solches Gesetz eine öffentliche Erschütterung der Autorität herbeizuführen, während feindliche Armeen unsere Grenzen überschreiten können. Wenn die Minister jetzt ein solches Gesetz vorlegen, so wäre dies das „unverantwortliche.“ Der Redner schließt mit einer Hinweisung auf die Zeiten, wo die Beamten einer strengen Disciplin unterstanden, ohne daß die Minister einem andern als dem König verantwortlich waren, und fordert die Kammer auf, getroßt auf die Verathung des vorliegenden Gesetzes einzugehen. (Beifall rechts. Mißfallen links.)

Matthis kann die Ansicht des Vorredners nicht theilen, denn aus derselben würde folgen, daß man die ganze Verfassung aufheben müsse. (Beifall im Centrum.) Auch sei das Gesetz im vorigen Jahre nicht als unzeitgemäß, sondern wegen einzelner Bestimmungen verworfen worden. Allein in dem Hansemannschen Antrag liegt ein unverdientes Mißtrauen gegen das Ministerium, von welchem der Redner nicht glauben kann, daß es ein solches Gesetz nicht noch in dieser Session einbringen werde. (Verschiedenartige Bewegung.)

v. Gerlach wendet sich namentlich gegen den letzten Redner, und kommt auf die oft geäußerte Ansicht zurück, daß ein Minister-Verantwortlichkeitsgesetz nur „vorbehalten“ sei, keine Legislatur könne die folgende zum Erlasse eines Gesetzes verpflichten, auch sind im Disciplinargesetz die Minister nicht ausgeschlossen (Heiterkeit).

v. Bünke und Hansemann sprechen noch für den Antrag, v. Forstner bekämpft das Gesetz im Allgemeinen.

(Die Bänke zur Rechten werden leer.)

Graf Jhering erinnert daran, daß die Kommission über das Verantwortlichkeitsgesetz zunächst einige Verfassungsmodifikationen für notwendig gehalten und nur nach Verwerfung derselben sei das Gesetz über die Ministerverantwortlichkeit gefallen.

Dr. v. Kammer entschuldigt sich, daß er über ein Gesetz spreche, worüber er Erfahrungen gemacht, ehe es noch vorhanden war. Die Gründe zum Erlaß desselben sind die Vorgänge des Jahres 1848, wo die Beamten Feigheit nach unten bewiesen und dergl.; allein der Gewinn des Gesetzes wird auch nur temporär, der Schaden dauernd sein. Gefährlicher noch als Feigheit ist Systemaffirmerung der Unselbstständigkeit gegen oben, welche unwillkürlich Unwahrheit und Heuchelei befördert. Der Redner vergleicht mit der vorliegenden Frage die über die Abschaffung der Prügelstrafe beim Militär. Man habe dort die Erfahrung gemacht, daß außer der Disziplin noch Begeisterung nöthig sei. Wenn man etwa Pitt das gegenwärtige Gesetz vorgelegt hätte, so würde er zugeben haben, daß man daraus tüchtige Lohndiener (Beisatz links) bilden könne, aber keine Beamten. Auch dürfte bei der erleichterten Disposition der Bartesond ungemein angewachsen und die Zahl der ästhetischen „Bummler“ sich mehren. Also auch vom Standpunkte eines Ministers sei das Gesetz zu verwerfen.

Abg. Zander, als Berichterstatter, gegen den Antrag Hansemann. Der Antrag wird zur namentlichen Abstimmung gestellt. Er wird mit 87 gegen 33 Stimmen abgelehnt. (Mit Nein stimmen u. A. Matthiä, v. Bettmann-Hollweg, Goldammer u.; mit Ja: Baumstark, Friccius u. Die Abgeordneten Mägke und v. Merkel fehlen während der Abstimmung.)

Es folgt die Debatte über den Kommissionsentwurf und werden die eingebrachten Verbesserungsanträge sämtlich verworfen und die Verordnung mit den Abänderungen des Kommissionsentwurfs bis incl. 20 angenommen.

Schluß der Sitzung 2 1/2 Uhr; nächste Sitzung Donnerstag Vormittag 10 Uhr.

### Zweite Kammer.

Berlin, den 7. Januar. Präsident: Graf Schwerin. — Eröffnung der Sitzung 12 1/2 Uhr. — Am Ministerisch: v. Manteuffel, v. d. Seydt, v. Bodelschwingh. Als Ministerial-Kommissarien fungiren die Herren v. d. Hagen, Delbrück und Hennig.

Es erfolgt die Schriftführerwahl, deren Resultat später mitgeteilt werden wird. Inzwischen wird der zweite Gegenstand der Tagesordnung, die Deposital-Ordnung betreffend, verhandelt. Ohne Diskussion und nach einem kurzen Referate des Berichterstatters wird ein von der Kommission vorgeschlagener Gesetzentwurf angenommen.

Es folgt Nr. 3 der Tagesordnung, der Bericht der Kommission zur Begutachtung der Zoll- und Handelsverträge.

Aus der allgemeinen Diskussion der Kommission über diese Gesetze bleibt nur zu bemerken, daß sie, was die durch die vorliegenden 3 Verordnungen herbeigeführten Erleichterungen der Ausfuhr und des Durchfuhrverkehrs betrifft, indem sie ihre Billigung derselben ausspricht, nur wünschen kann, daß die Staatsregierung auf dem in dieser Richtung eingeleiteten Wege weiter fortgehe.

In Beziehung auf mehrere Erhöhungen des Eingangszolls für Fabrikate wird in der Kommission folgender Antrag gestellt: Der Kammer vorzuschlagen, zu erklären: daß sie die lediglich zu Gunsten einzelner Industriezweige vorgenommenen Erhöhungen der Eingangszölle, wie solche in der Verordnung vom 21. Juli d. J. wegen Abänderung des Vereinszolltarifs zur 2. Abtheilung des letztern unter A III. Nr. 10, 11 und 14, und C. Nr. 10 enthalten sind, nämlich: für feine Korb- und Holzflechter-Arbeit ohne Unterschied, und Fourniere mit eingelegerter Arbeit, für Waaren aus Schildpatt, metallene Häfelmadeln (ohne Griffe), und gefasste Brillen aller Art, für Lichte und für zinnerne Köffel, ob schon sie dieselben genehmige, doch an sich nicht als gerechtfertigt betrachten könne und ähnliche Zoll-Erhöhungen in Zukunft vermeiden zu sehen wünsche. Dieser Antrag wurde von der Kommission mit 11 gegen 8 Stimmen angenommen und es wird demnach der Kammer vorgeschlagen: die vorstehende Erklärung abzugeben.

Abg. Wegener glaubt bei der Special-Diskussion, daß der für die Ostprovinzen so wichtige Durchfuhrhandel nach Rußland und Polen durch weitere Ermäßigung des Zolltarifs erleichtert werden möge, worauf der Regierungs-Kommissar erklärt: daß bei der Wichtigkeit dieses Gegenstandes die Regierung bereits ihr Augenmerk auf denselben gerichtet habe.

Nachdem noch der Abg. Camphausen erklärt, daß er weder Schutzzöllner noch Freihändler sei, im Uebrigen aber der Regierung bei Abschließung dieser Verträge vollständig beistimme und der Reser. Pochhammer noch das Wort ergriffen, wird der letztgedachte Antrag der Kommission fast einstimmig abgelehnt.

Die Gesetze werden sodann angenommen.

Das Resultat der Abstimmung über die Schriftführerwahl wird sodann mitgeteilt. Der Abgeordn. Meier ist mit 145 Stimmen zum Schriftführer ernannt; der Abgeordn. Gehler hat nur 121 Stimmen empfangen.

Die Kammer geht zum letzten Theile der Tagesordnung über.

(Schluß folgt.)

Berlin, den 7. Januar. Der Ober-Präsident der Provinz Pommern, Wirkl. Geheimrath v. Bonin, hat wegen andauernder Krankheit seine Entlassung aus dem Staatsdienste nachgesucht.

— Der diesseitige Gesandte am Bundestage, Geh. Legationsrath v. Bismarck-Schönhausen wird heute Abend hier eintreffen.

— Die Königl. Hannoverische Regierung wünscht, wie wir vernehmen, durch den gestern hier angekommenen Geh. Legationsrath Neubourg wegen eines Arrangements über die Deutsche Flotte neue Verhandlungen zu eröffnen.

Berlin, den 7. Januar. Die Wiener Zoll-Konferenzen sind eröffnet. Die offizielle „Oesterreichische Korrespondenz“ bringt über den Eröffnungs-Akt folgende Mittheilung:

„Gestern am 4. d. M. Mittags 12 Uhr wurden die österreichisch-deutschen Zollkonferenzen durch den Herrn Ministerpräsidenten Fürsten v. Schwarzenberg eröffnet. In der Eröffnungsrede bezeichnete der Fürst-Präsident die Absichten Oesterreichs in Betreff des Zollvereinigungswerkes mit größter Klarheit und Offenheit. Entfernt sei es die diesseitige Absicht nicht, die bisherigen handelspolitischen Verbindungen, also insbesondere den deutschen Zollverein in seinem Fortbestande zu gefährden. Der Zollverein selbst, wie der Vertrag vom 7. September v. J. zwischen Preußen und Hannover geben belehrende Vorbilder, wie die scheinbar größten Hindernisse, die im Wege stehen, zu beseitigen seien; denn die Schwierigkeiten der handelspolitischen Einigung Oesterreichs mit Deutschland sind sicherlich nicht größer als die, welche dort zu bekämpfen waren. Sei nun die zu erstrebende Verbindung wünschenswerth zur allgemeinen Wohlfahrt, so stelle sich der gegenwärtige Zeitpunkt als besonders günstig dafür dar. Allenfalls sei das Bedürfnis dieser Einigung anerkannt; Oesterreich sei es jetzt möglich geworden, das Zollsystem anzunehmen, zu welchem der größte Theil Deutschlands sich bekenne; der Vertrag vom 7. September habe dargehalten, daß keine unausfüllbare Kluft zwischen den nordwestlichen Küstenstaaten und dem übrigen Deutschland bestehe, und der bevorstehende Ablauf des Zollvereins-Vertrages, ohne für dessen Fortbestand gegründete Bedorfnisse einzuschließen, biete Gelegenheit zu den nöthig werdenden Aenderungen in demselben dar. Dabei solle jeder gewaltsame Uebergang, jede Ueberbürdung vermieden werden, und es sei die Einigung in vorherbestimmter Periode mit Umsicht und Selbstverleugnung anzubahnen. Oesterreich könnte sich zwar selbst genügen, aber dem großartigen Gedanken eines mitteleuropäischen Handels-Bündnisses so wie der Festigung der Freundschaftsbände mit den Fürsten und den Völkern des deutschen Bundes sei es bereit, entsprechende Opfer zu bringen.

Die österreichischen Propositionen berühren zunächst die Dresdener und Frankfurter Vorschläge, sodann Vorschläge über einen Handelsvertrag zwischen den deutschen Zollgruppen und Oesterreich, der den Uebergang zur Einigung bilden soll, und endlich Uebereinkünfte zu gleichförmigen Zolleinrichtungen.

Doch sollen jetzt noch keine endgültigen Beschlüsse gefaßt, sondern nur zu einem Vertragsentwurfe gelangt werden, dem die vertretenen Staaten oder die Mehrheit derselben beitreten und der in den Konferenzen zu Berlin der Bewirkung zuggeführt werden soll.

Der königl. bayerische Gesandte Graf v. Lerchenfeld antwortete mit dem Ausdrücke des Dankes der hohen Regierungen und mit dem Wunsche der baldigen Erreichung der großen, welthistorischen Thatfache.

Dresden, den 3. Januar. Wie aus guter Quelle verlautet, sind Seiten der französischen Regierung auch hierher beruhigende Versicherungen gelangt, welche nicht bloß die friedliche Absichten derselben außer Zweifel stellen, sondern auch darüber, daß dieselbe nicht wider ihren Willen zu einem Kriege werde gedrängt werden, in Gewissheit setzen. Bei dieser Gelegenheit dürfen wir auch die viel verbreitete Nachricht vom Geltendmachen einer Forderung Frankreichs an Belgien als ungegründet bezeichnen, da von einem officiellen Schritte dieser Art in wohl unterrichteten Kreisen nichts bekannt ist. (Fr. D.-P.-A.-Z.)

Hannover, den 5. Januar. Nach einer Notiz der „S. P.“ hat in voriger Woche eine Konsultation mehrerer Aerzte über das Augenleiden des Königs stattgefunden. Die Mehrzahl derselben soll die Blindheit für unheilbar erklärt, der in der letzteren Zeit mehrerwähnte Dr. de Lewin indessen seinen Glauben an die Möglichkeit einer Heilung geäußert haben.

Sondershausen, den 5. Januar. Bei uns ist mit dem neuen Jahr auch der Landtag eröffnet worden, zu welchem meistens Beamte erwählt worden sind. So steht auch der frühere Premier-Minister des Landes, der Geh. Rath Solleuffer, als Deputirter der Residenz nunmehr in der Opposition dem jetzigen Minister, Geh. Rath Choy gegenüber. — Die Hauptangelegenheit der Verhandlungen wird die Kartoffelnoth auf dem Thüringer Walde sein, da die dortigen Bewohner schon jetzt ihre Kartoffeln aufgezehrt haben. Es wird deswegen, wie man behauptet, im Lande Schwarzburg-Sondershausen ein besonderer Antrag erwartet. Er soll lauten: Der hohe Landtag wolle beschließen, die hohe Staatsregierung zu eruchen, ihn sofort wieder zu entlassen, um für die 2 bis 3000 Thlr., welche seine Diäten kosten würden, eben so viel Sack Kartoffeln (à 1 Thlr.) zu kaufen, und sie unter die hungernden Bewohner in den 14 Dörfern des Amtes Gehren austheilen zu lassen. (N. Pr. Z.)

### Frankreich.

Paris, Dienstag den 6. Januar, Abends. Eine Gesellschaft von Banquiers hat die Konzession für die Lyon-Pariser Eisenbahn erhalten. (F. D. d. G. B.)

Paris, den 4. Januar. Die Bonapartisten machen außerordentlich viel Wesens von dem eigenhändigen Schreiben Sr. Majestät des Kaisers von Rußland, welches der kaiserlich russische Botschaftsrath v. Balabine dem Präsidenten der Republik überbracht hat; in diesem Schreiben soll



sich der Kaiser aller Reußen sehr günstig über den Staatsstreich ausgesprochen haben. Ich muß mich natürlich bescheiden, den Inhalt eines kaiserlichen Handschreibens an den Präsidenten von Frankreich zu kennen; aber ich kann Ihnen eine Aeußerung des Vorkassiers v. Valadine mittheilen, deren Authentizität hier nirgend angefochten wird, und die an so bedeutender Stelle gethan wurde, daß die diplomatische Höflichkeit des kaiserlichen Handschreibens unendlich mehr misverstanden werden kann. Herr v. Valadine sagte: „Der Kaiser beklagt es, daß er dem Gouvernement Louis Philippe's gegenüber einen doppelten Fehler begangen hat, erstens, daß er es formell anerkannte und dann, daß er, nachdem er es anerkannt, nicht offen und frei unterstützt hat. Dieses Mal ist der Kaiser entschlossen, anders zu verfahren: er wird in Frankreich nur ein Gouvernement anerkennen, das Gouvernement der legitimen Monarchie. Die Gewalt Louis Napoleon's kann der Kaiser nur als ein Gouvernement de fait anerkennen, aber Se. Majestät erklären sich offen bereit, diese Gewalt als eine Nothwendigkeit für jetzt im Interesse der Civilisation und des Friedens zu unterstützen.“ (R. Pr. 3.)

### Großbritannien und Irland.

London, den 3. Januar. Die Schwierigkeiten für die Bildung eines Coalitions-Ministeriums, deren ich vorgestern erwähnte, sollen nicht blos in der Abneigung vieler Peeliteen gegen Lord John Russell, sondern andererseits auch in seiner Hartnäckigkeit liegen. Seit es ihm gelungen, Sir Robert Peel aus der Verwaltung zu drängen, ist ein ganz eigener Geist der Selbstüberschätzung in ihn gefahren. Er glaubt das Geheimniß des Englischen Constitutionalismus in seiner Person vereinigt und hält Alles, was ihn durch den Sinn fährt, geradezu für selbstlos. Von einer Whig-Politik ist bei ihm nicht mehr die Rede; er treibt John Russell-Politik. Er will sich mit andern Parteien verbinden, mit Peeliteen, mit Manchestermännern selbst, aber für Alles, was er gethan hat und noch zu thun beabsichtigt, verlangt er unbedingt Vertrauen. Nun er Lord Palmerston beseitigt, ist er bereit oder vielmehr es ist ihm gerade recht, nach der andern Seite sich auch der Grey's zu entledigen; er allein will übrig bleiben als historischer Nothwendigkeit, über einer neuen aus den verschiedensten Elementen zusammengehmolzenen liberalen Partei thronend, in welcher er Alles in Allem ist. Lord John Russell's Charakter ist eifersüchtig; das mag die psychologische Erklärung dafür sein. Daß seines alten Gegners Robert Peel's Name hier schließlich doch zum Schlagwort der Zeit geworden, hat ihn freiz gewornt. Er regiert nun 5 Jahre, und doch bekommt er nichts als Peel und wieder Peel zu hören, für den Standbilder in allen Landestheilen sich erheben, und dem selbst das Bigblatt „Punch“ ein Monument aus Broten gebaut hat, das jeder dankbare Bäcker copirt. Lord John Russell muß das wieder einholen. Peel hat rücksichtslos seine Partei zerprengt; Russell thut also das auch. Peel hat dem persönlichen Element in der Verwaltung Geltung verschafft; Russell fordert das also auch. Peel hinterließ Peeliteen; warum soll Russell also nicht daran denken, nachdem selbst er die Haltlosigkeit der alten Parteinung ergriff, ihn nun doch noch zu übertrumpfen und diese Peeliteen, sammt einer Menge anderer Leute, die sich wie er meint in die geschichtliche Nothwendigkeit werden fügen müssen, zu „Russelliten“ zusammen zu schmieden? — Da ist aber die Geschichte von dem, dessen Nachbar einen Schatz fand, als er sein baufälliges Haus einriß. Der gute Mann riß sein's nun auch ein, sitzt aber noch heut auf den Trümmern und wählt nach dem Schätze. Vor Allem muß die Baufelle es in sich haben, und ein wirklicher Schatz drin vorhanden sein. (R. Pr. 3.)

### Dänemark.

Kopenhagen, den 4. Januar. Uebermorgen, als am 6. Januar, wird der mit außerordentlicher Mission betraute Gesandte am Hofe zu Berlin und Wien, Kammerherr v. Bille, hier eintreffen. Derselbe überbringt von Wien die endliche Regelung der schleswig-holsteinischen Angelegenheit. Hiernach werden die beiden Herzogthümer, jedes besonders, vom Könige von Dänemark absolut regiert, während für das Königreich die konstitutionelle, auf breitesten Basen begründete Volksregierung beibehalten wird. Jedes Herzogthum erhält einen dem Könige allein verantwortlichen Statthalter unter dem Namen Minister, für Schleswig bezeichnet man als solchen den Grafen Adolf Moltke, für Holstein den Grafen Rentvold-Krimminil. Die Verwaltung, die Justiz und alle andern Institutionen, mit Ausnahme der wenigen bereits bekannten, als: die Universität, die Zrenanstalt, die Strafanstalt, sind vollständig von einander getrennt, ebenso das Militär. Die Provinzialstände werden als beratender Körper in jedem der beiden Herzogthümer einberufen; in Schleswig steht es dem König-Herzoge frei, eine Anzahl kompromittirter Persönlichkeiten aus den letzten Jahren auszuschließen. Sobald nun eine gewisse Anzahl dieser Bedingungen festgesetzt sind, werden die österreichischen Truppen Holstein räumen, was jedenfalls noch im Laufe dieses Monats geschieht. Dem Reichstage werden die Bedingungen in dieser Session nicht mehr vorgelegt werden, da seine Diät bereits längst abgelaufen und die Verlängerung nur zur Erledigung der Finanzgesetze und Budgetbewilligung zugestanden worden ist. (D. N. 3.)

### Provinzielles.

Von der Saale, den 5. Januar. Einem Raumburger Bürger, dem Genußfabrikant Blanke, ist vom Auslande eine besondere Anerkennung und Auszeichnung zu Theil geworden. Er hatte nach London

zur Ausstellung ein Doppelgewehr und eine Büchse seiner Fabrik gesendet. Diefelben zogen die Aufmerksamkeit einer Kommission der französischen Akademie für Landwirthschaft, Fabrikation und Handel auf sich, welche sich dort eingefunden hatte, um der Akademie über die Ergebnisse der Ausstellung Bericht zu erstatten. Die Vorzüge der genannten Gewehre wurden so sehr anerkannt, daß sich die Kommission veranlaßt fand, der Akademie den Verfertiger zur Kandidatur für die Mitgliedschaft zu empfehlen. Nachdem nun die zur Feststellung der Kandidaturen bestehende Kommission der Akademie sich damit einverstanden erklärt hatte, so ist von dieser an Herrn Blanke die förmliche Einladung zu der Mitgliedschaft ergangen. (N. 3.)

### Landwirthschaftliches und Gewerbliches.

London, den 29. December 1851. In Folgendem geben wir ein Beispiel, in welcher Ausdehnung Kapitalanlagen bei der Englischen Landwirthschaft stattfinden. Das Gut Warf in Northumberland ist circa 1550 R. Morgen groß. Die Ackerfläche ist reicher Lehm Boden, fähig zur Produktion der gewöhnlichen Getreideernden und sehr passend zum Runkelrübenbau. Die Pacht beträgt 2 Pfd. Sterling 11 Sch. 6 Pence per Acre d. i. 2394 Pfd. Sterling 15 Sch. (circa 16,500 Thlr.). Herr Dove, der jetzige Pächter, hat während des ersten Jahres für Drainirten und Dünger gegen 8000 Pfd. Sterling (circa 54,000 Thlr.) verwandt, hierin sind die Kosten für neue Gebäude und vermehrten Viehstand nicht eingegriffen. Ein großer Theil des Gutes wird in 4 Schlägen bewirthschaftet, 400 Acres sind gewöhnlich mit Getreide bestellt, 200 Acres mit Runkelrüben, dann ist so viel Land mit Kartoffeln bestellt, als die Leute auf dem Gut verbrauchen, der Rest ist Weide und zur Feuerung.

Ungefähr die Hälfte der Rübenerndte wird an Ort und Stelle von den Schäfen konsumirt, die andere Hälfte durch Rindvieh auf den Höfen und in den Mastställen. Es werden gewöhnlich 100 Stück Rindvieh gleichzeitig gemästet und ihre Stellen werden von andern sofort eingenommen, sobald dieselben in die Hände des Fleischer's übergeben. Außer den Runkelrüben bekommt das Rindvieh noch Getreide und Delfuchen — dies ist sonst in den nördlichen Grafschaften, wo die Fütterung sich allein auf Rübten beschränkt, nicht gewöhnlich.

Die Dreschmaschine wird durch Wasser getrieben, welches aus verschiedenen Quellen in ein Reservoir von 1000 Kubikellen Größe gesammelt wird; aus demselben strömt das Wasser in die circa 200 Ellen entfernten Treadflus, das Wasserrad ist von 10 Pferdekraft, 18 Fuß ist Durchmesser und 5 Fuß breit.

Das System, das Wasser des Gutes zu sammeln, entweder durch Drainage oder von den kleinen Bächen, welche in einem hügeligen Lande so reichlich sind, und damit die Maschine des Gutes zu treiben, ist sehr allgemein im Norden von England und in einigen andern Distrikten sehr vortheilhaft nachgeahmt worden. (D. 3.)

### Fremdenliste.

Angekommene Fremde vom 7. bis 8. Januar.

- Im Kronprinzen: Hr. Outsbef. v. Grumbkow a. Zittau. Hr. Particul. v. Köderer a. Innsbruck. Die Hrn. Kauf. Velger u. Heibronner a. Hamburg, Cohen a. Düsseldorf, Kasper a. Berlin, Bachmann a. Dresden, Ziegler a. Dahlen.
- Stadt Jülich: Die Hrn. Kauf. Görlig u. Siegel a. Porzheim, Löpeltmann, Arlt, Jacoby a. Leipzig, Schubert a. Sonneberg, Dannenburg a. Magdeburg, Schiff a. Berlin.
- Goldner King: Hr. Outsbef. Eimeck a. Petersdorf. Hr. Amtm. Böttger a. Roßsch. Hr. Mühlbauer Schramm a. Weifen. Die Hrn. Kauf. Hoffmann a. Naumburg, Stilling a. Erfurt, Zobel a. Magdeburg.
- Goldner Löwe: Hr. Particul. Göbe a. Potsdam. Die Hrn. Kauf. Weiland a. Mansfeld, Brauer a. Weisenfels, Rhyele a. Schneeberg, Fischer a. Schlus a. Reichenberg.
- Englischer Hof: Hr. Postbeamte. Lurgot a. Berlin. Hr. Outsbef. Schmidt a. Frankfurt. Hr. Pastor Arras a. Schweda. Hr. Buchdr. Krost a. Leipzig. Die Hrn. Kauf. Becker a. Waing u. Schaller a. Frankenberg.
- Stadt Hamburg: Hr. Kaufm. Göpel a. Leipzig. Hr. Fabrikf. Reinhardt a. Tesnis. Hr. Schiffsh. Duvoing a. Berlin. Hr. Hauptm. v. Borne a. Berlin. Hr. Stud. Donath a. Jena. Hr. Fabrikf. Hartmann u. Hr. Kaufm. Adershold a. Nordhausen.
- Schwarzer Bär: Hr. Dekonom Lorenz a. Hameln. Hr. Cassiv. Wilsch a. Osterode. Hr. Porzellanbändler Haedrich a. Reichenbach. Hr. Maler Heise a. Berlin.
- Goldne Äugel: Die Hrn. Kauf. Weber a. Hamburg u. Eippmann a. Bernburg. Hr. Refer. Felscher a. Naumburg. Hr. Amtm. Hartung a. Hannover. Hr. Pulvermacher Julio a. Naumburg.
- Eisenbahnhof: Hr. Geh. Legat. Nath v. Bismarck-Schönhausen a. Frankfurt. Hr. Kaufm. Franz a. Berlin.
- Chüringer Bahnhof: Die Hrn. Kauf. Kedei, Löw u. Blumenthal a. Frankfurt, Roumpouh a. Dingelstedt, Seligmann a. Hof. Hr. Rent. Reiber a. Erfurt. Hr. Rent. Uhlmann a. Frankfurt. Hr. Maj. Müller u. Hr. Privatm. König a. Berlin. Hr. Gefandtschaftsrath Gründer a. Berlin. Hr. Pastor Preller a. Celle. Frau v. Winkel a. Polen.

### Meteorologische Beobachtungen.

	6. Januar.	Morgens 6 Uhr.	Nachm. 2 Uhr.	Abends 10 Uhr.	Tagesmittel.
Luftdruck . .	28 P. 3. 1,5 P. 2.	28 P. 3. 1,3 P. 2.	28 P. 3. 1,0 P. 2.	28 P. 3. 1,3 P. 2.	
Luftwärme . .	—0,8 Gr. Rm.	2,3 Gr. Rm.	—0,4 Gr. Rm.	0,4 Gr. Rm.	
Wetter . . . .	heiter.	ziemlich heiter.	völlig heiter.	heiter.	
Wind . . . . .	SW.	E.	E.	E.	

